

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922... Preis für den Monat Dezember 1922...

Telegraphische Adressen: „Goldblatt“ Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 7. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Notenwechsel über die Militärkontrolle

Die Botschafterkonferenz hatte in ihrer Note vom 14. April 1922 über die Interalliierten Luftfahrt- und Kontrollkommissionen...

In dieser Frage hat in der Zwischenzeit ein Notenwechsel stattgefunden.

Am 29. September wurde dem Reichskanzler Dr. Brüning eine belgisch-französisch-großbritannienisch-japanisch-italienische Note übergeben...

Die alliierten Regierungen konsolidieren seit mehreren Monaten eine bedeutende Verzögerung in der Ausführung der militärischen Friedensbestimmungen.

Nicht entsprechend ist folgenden Bestimmungen:

- 1. Reorganisation der Polizei. 2. Umstellung der Fabriken. 3. Auslieferung des Restes des nicht zugelassenen Materials. 4. Auslieferung der Schriftstücke...

Die deutsche Regierung wird aufgefordert, in kürzester Frist diese Fragen zu erledigen und der Interalliierten Militärkontrollkommission jede Erleichterung zu ihrer Durchführung zu gewähren.

Andererseits wünschen die Alliierten, die von der Militärkontrollkommission Deutschland auferlegten

Lasten zu erleichtern.

indem sie diese Kommissionen so bald als möglich zurückziehen. Aber eine derartige Erleichterung wird nur durchgeführt werden können, nachdem die Militärkontrollkommission berichtet haben wird...

Dieses militärische Garantiekomitee wird beauftragt werden, an Stelle der Militärkontrollkommission die endgültige Durchführung derjenigen Bestimmungen zu überwachen...

Antwort des Reichskanzlers vom 27. Oktober

Die Alliierten werden, wie sie hervorheben, von dem Wunsche geleitet, in ihren Beziehungen zur deutschen Regierung möglichst bald zu normalen Verhältnissen zurückzukehren...

Antwortnote der Botschafterkonferenz

Ebergeben, gezeichnet von Poincaré; sie befragt: Die alliierte Kollektion vom 29. September hat Deutschland auf die seit mehreren Monaten eingetretene Verzögerung der Ausführung der militärischen Vertragsbestimmungen hingewiesen...

Das Schweigen der deutschen Regierung über den Hauptgegenstand der Kollektion vom 29. September läßt sich nicht

als Folge einer Vergeßlichkeit oder eines Mißverständnisses deuten.

Schweigen als Ausdruck der Absicht der deutschen Regierung aufzufassen, in der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht weiterzugehen.

Sie halten diese Schlussfolgerung für um so begründeter, als die deutsche Regierung die Kontrollkommission seit dem 29. September in keiner Weise über irgendeinen der in der Kollektion angeführten Punkte zufriedengestellt hat.

einzig die Kontrollkommission zuständig

ist, werden es die Alliierten daher künftig ablehnen, von der deutschen Regierung, außer durch Vermittlung der Kontrollkommission, irgendeine Mitteilung über die Ausführung dieser fünf Bedingungen entgegenzunehmen.

Antwortnote vom 27. Oktober als gegenstandslos ansehen müssen und daß sie spätestens bis zum 10. Dezember eine vollständige und endgültige Antwort auf die Kollektion vom 29. September erwarten.

Antwort des deutschen Botschafters

an den Präsidenten der Botschafterkonferenz vom 27. November lautete:

Das Schreiben Euerer Exzellenz vom 17. November habe ich zur Kenntnis meiner Regierung gebracht, in deren Auftrag ich mich Euerer Exzellenz folgendes mitzuteilen beehre:

Die deutsche Regierung beabsichtigt keineswegs die noch unerledigt in der Kollektion vom 29. September aufgeführten 5 Punkte zu ignorieren. Sie ist sich auch bewußt, daß die vorherige Erledigung dieser Fragen die Voraussetzung für die Einsetzung des vorgeschlagenen Garantiekomitees bildet.

Die Pariser Kohlenverhandlungen.

Deutschland muß die Ablieferung durch Einfuhr decken.

Die Ill. meldet: Auf Grund des Juliprogramms werden von uns gefordert monatlich 1,6 Millionen Tonnen, 125 000 Tonnen ober-schlesische Kohle und 20 Proz. des Förderüberschusses über 8,2. Deutschland konnte bisher nur 1,6 Millionen Tonnen monatlich liefern.

Die Gefahren der Lage.

Neue Vorschläge der deutschen Regierung.

„Die Gefahren der Lage“, so überschreibt das offizielle Organ der Volkspartei, die „Zeit“, alarmierend genug seinen neuesten Beilagsatz. Unter Hinweis auf die französischen Gewaltpläne wird ausgeführt, auch die Fristsetzung zur Beantwortung der Note über Passau und Ingolstadt sei kein Zufall.

In jüngerer Zeit hätten die Dinge eine Wendung zum Schlimmeren genommen. Frankreich könne bei einem etwaigen gewaltsamen Vorgehen zum mindesten der passiven Unterstützung seiner Verbündeten sicher sein.

Das offizielle Organ der derzeit maßgebenden Regierungspartei schreibt dann weiter wörtlich:

Diese Frage hat zweifellos in der letzten Zeit auch das Kabinett beschäftigt, und Reichskanzler Dr. Brüning hat in seiner Rede vom vorigen Sonntag im Reichstage auch deutlich genug zu verstehen gegeben, daß die Regierung nicht etwa gesonnen ist, auf der Grundlage der Note vom 13. November die Hände wäghig in den Schoß zu legen.

Das Kabinett ist auch am Mittwoch wieder zusammengetreten, um sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die Sühnenote der Botschafterkonferenz, die sich mit den Vorfällen in Passau und Ingolstadt beschäftigt, gewinnt in diesem Zusammenhang natürlich eine andere Bedeutung, als wenn sie für sich allein stünde.

Es ist zurzeit der Regierung wohl noch nicht möglich, über die Art dieser Vorschläge Mitteilung zu machen, und es ist wohl auch noch nicht die Entscheidung darüber gefallen, ob das Kabinett in der nächsten Zeit noch vor der Londoner Konferenz einen Schritt in der angegebenen Richtung tun wird.

Die Bedeutung dieses Artikels scheint uns außerordentlich. Hier wird in einer kritischen Lage der Verständigung das Wort geredet mit einer Eindringlichkeit der Sprache, wie man sie in einem sozialdemokratischen Blatt kaum jemals stärker gefunden hat.

Aus dem Artikel der „Zeit“ spricht ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl, er ist diktiert von der nagenden Sorge, daß nationalitätliche Kraftüberlei-Schweren Schaden anrichten könnte. Nur in einem Punkt scheint uns die Logik des volksparteilichen Blattes etwas brüchig.

ständigweise vom bayerischen Ministerpräsidenten verlangt hat.

Das scheint, im Grunde genommen, auch die Meinung der „Zeit“ zu sein. Sagt sie doch selbst, den Franzosen käme es darauf an, in der Passau-Ingolstädter Affäre eine „Verfestung Deutschlands“ an den Haaren herbeizuziehen. Wenn es den Franzosen, d. h. den unvernünftigen, augenblicklich an der Regierung befindlichen Franzosen, darauf ankommt, so kann die „Zeit“ doch unmöglich wünschen, daß ihnen von deutscher Seite der Gefallen getan wird, in jener Affäre eine ganz unachgiebige Haltung zu zeigen.

Richtig ist natürlich, daß dieser absichtlich aufgebaute Zwischenfall keine Bedeutung sofort verliere, wenn die von der „Zeit“ erstrebte deutsch-französische Verständigung zustande gekommen wäre. Da aber diese Verständigung einstweilen nur ein Projekt ist, wäre es geradezu sinnlos, wenn man einen Kieselstein auf dem Weg zu diesem großen Ziel als unübersteigbares Hindernis betrachten wollte. Ist die Erreichung dieses Zieles ernstlich beabsichtigt — und der tiefste Ton der „Zeit“ spricht für die Aufrichtigkeit ihrer Absichten —, dann wird das noch ganz andere Opfer kosten als solche, wie sie in der letzten Botschaftenote gefordert werden. Auch der neueste Notenaustausch über die Entlassung, den wir an anderer Stelle veröffentlicht, zeigt, daß die Verständigung ohne schwerwiegende Zugeständnisse nicht zu erreichen sein wird.

Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, sei ausdrücklich erklärt, daß auch nach unserer Auffassung die Note über Passau und Ingolstadt jede Mißbilligung verdient. Aber wenn einer unter uns dazu geneigt sein sollte, die Frage der Verantwortung lediglich nach Gefühlen zu entscheiden, so wird ihm gerade der Artikel der „Zeit“ zur Warnung dienen. Die bayerische Regierung nimmt, soviel man weiß, in dieser Angelegenheit eine Haltung ein, die ein in Bayern besonders beliebtes Zitat aus dem „Göh“ in vier klassische Worte zusammenfaßt. Das ist ein durchaus verständlicher Gefühlsausdruck, aber — die „Zeit“ lehrt es uns — eine nicht ungefährliche Politik. Nach ihrem neuesten Artikel wird wohl der Wunsch, eine nationale Einheitsfront im Sinne des bayerischen Standpunktes zu bilden, überall als unerfüllbar erkannt werden. Zeigen doch die Ausführungen des volksparteilichen Hauptorgans deutlich genug, daß eine solche Einheitsfront in diesem Augenblick nicht einmal bei den Regierungsparteien, ja nicht einmal bei der Deutschen Volkspartei selbst vorhanden ist.

„Während Rom hin und her überlegt, geht Sagunt verloren.“ sagt ein alter lateinischer Spruch. Rüge nicht, während das Kabinett berät, um vorhandene Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, Deutschland verloren gehen!

Die Antwort auf die Strafnote.

Aus der Beratung der Ministerpräsidenten.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten ist am Mittwoch beendet worden. Ueber ihren Verlauf meldet der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Neben der Erörterung allgemeiner innen- und außenpolitischer Fragen, so u. a. der Wohnungsfrage und der Finanznot, stand die Ernährungsfrage im Vordergrund. Die Vertreter der Länder schlossen sich fast durchweg dem Antrag Preußens an, der einen Teil des Umlagegetreides nicht mit Geld, sondern mit Chlorsalpetern bezahlen will. Am Mittwoch nachmittag beriet der Reichsernährungsminister über die Verwirklichung dieses Antrags mit Vertretern verschiedener Länder. Auch die Sorgen der rheinischen Bevölkerung wurden besprochen. Ueber

die Säbnforderungen der Entente

und deren Behandlung erstattete die Reichsregierung nur einen kurzen Bericht. Die Erwägungen über den endgültigen Inhalt der voraussichtlich am kommenden Freitag abzuschließenden Antwortnote sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Es verlautet jedoch, daß

sich die Regierung in Vertretung von Reichsinteressen jetzt und in Zukunft bei ähnlichen Fällen vor die Länder stellen will und bereit ist, die in der Note verlangten moralischen Genugtuungen zu geben. Was die finanzielle Sühne anbelangt, so beabsichtigt man, in der Note darauf hinzuweisen, daß sich der Zwischenfall mit der Ententekommission nicht in Ingolstadt selbst, sondern in der Umgebung der Stadt abgespielt hat und daß deshalb Ingolstadt zu einer finanziellen Sühne nicht herangezogen werden kann. Im übrigen ist geplant, den Vorschlag zu machen, über die finanziellen Säbnforderungen ein Schiedsgericht in Genf oder in Haag entscheiden zu lassen. Eine Bereitwilligkeit zur Zahlung der von Passau und Ingolstadt insgesamt geforderten 1 Million Goldmark wird jedenfalls nicht ausgesprochen werden.

Die Vertreter der Länder erklärten sich mit den von der Regierung vorgeschlagenen Grundzügen für die Antwortnote an die Entente einverstanden.

Vor der Absendung soll die Note noch den Parteiführern zur Kenntnis gebracht werden.

Die M. meldet: Da der bayerische Ministerpräsident Dr. von Knilling bei seiner Weigerung verbleibt, ein Entschuldigungsschreiben an die Entente zu unterzeichnen, so ist man jetzt darauf verfallen, daß sich die Reichsregierung an Stelle der bayerischen Regierung bei der Entente entschuldigen will.

Die Steuergesetzgebung.

Einkommensteuergesetz — Ermäßigung der Kohlensteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstages beriet gestern über die Novelle zum Einkommensteuergesetz. Der Reichsfinanzminister Hermes gab in großen Zügen das bereits veröffentlichte Steuerprogramm der Regierung bekannt. Alle Fragen, die sich auf beschleunigte Veranlagung und Einziehung der Einkommensteuer und auf die Abwälzung des Risikos der Geldentwertung auf die Steuerpflichtigen beziehen, werden auf ein besonderes Gesetz verschoben. In der Generaldiskussion führte Genosse Herß für die sozialdemokratische Fraktion aus: Die Lohnabzüge hätten ein derartiges Maß erreicht, daß bei allen Lohn- und Gehaltsentwürfen ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung eine starke Erregung eingetreten sei. Auf der anderen Seite würden die Veranlagungspflichtigen durch das Fortschreiten der Geldentwertung steuerlich entlastet. Die erste Voraussetzung für die Durchführung jeder Steuer sei, daß alle unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit gleichmäßig getroffen würden. Wenn aber nur die schwächsten Schichten die größten Steuerlasten zu tragen hätten, wie dies jetzt der Fall sei, so sei ein solcher Zustand ohne schwere politische Gefahren nicht haltbar. Der Einkommensteuertarif dürfe deshalb nicht mehr geändert werden, als es zur Heraushebung der untersten Gruppen aus technischen Gründen notwendig sei, da heute schon die Veranlagungspflichtigen weniger Steuer bezahlen, als die unterste Gruppe aller Steuerpflichtigen. Von den bürgerlichen Parteien sprachen Dr. Hefferich und Dr. Fischer (Köln), die sich beide für die Auseinanderziehung des Steuertarifs einsetzten. Sie behaupteten, daß die Geldentwertung auch für die Veranlagungspflichtigen eine starke Härte bedeute. Sie bezogen sich jedoch nur auf die Lage der Kleinrentner und der geistlichen Arbeiter, nicht aber auf die Lage der Gewerbetreibenden und der Warenbesitzer. Auf Verlangen unserer Genossen gab die Regierung Zahlen über den Anteil der Lohnsteuer am Steuereinkommen in den letzten Monaten. Daraus geht hervor, daß im Oktober der Lohnabzug 67 Prozent des Gesamtsteuerertrages brachte. Hefferich und Fischer (Köln) suchten den Eindruck dieser Zahlen abzuschwächen durch die Behauptung, daß im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsschichten das Einkommen der Arbeiterschaft stärker gestiegen sei. Unsere Genossen protestierten mit aller Schärfe gegen diese Behauptung, sowie gegen eine Ermäßigung des Steuertarifs, die auf eine Ermäßigung der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen hinausläuft. Die bürgerlichen Parteien sind jedoch entschlossen, diese Ermäßi-

gung des Tarifs für die oberen Einkommensgrenzen auch ohne die Sozialdemokratie zu machen. Es bleibt demnach bei dem Zustand, daß die Veranlagungspflichtigen nicht nur durch die verspätete Zahlung in entwerteter Mark von den Folgen der Geldentwertung entlastet werden, sondern durch die Auseinanderziehung des Tarifs noch eine Sonderermäßigung erhalten. Bei der Festlegung der Tagesordnung für die heutige Ausschusssitzung beantragten unsere Genossen, nach der Erledigung der Novelle zum Einkommensteuergesetz den deutschnationalen Antrag auf Ermäßigung der Kohlensteuer auf die Tagesordnung zu setzen. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Antragsteller selbst, lehnten die rasche Behandlung des Antrages ab. Die Haltung der Deutschnationalen zeigt, wie wenig ernst es ihnen mit ihren Agitationsanträgen ist.

Brotpreis und Umlagepreis.

Das Reichsernährungsministerium teilt entsprechend einem Beschluß des Reichstages mit, welcher Teil des Brotpreises auf die deutsche Landwirtschaft entfällt. Daraus ergibt sich, daß bis zum 30. Oktober der Umlagepreis für die Tonne Roggen 94,75 Proz. des Ausgabepreises der Reichsgetreidestelle war. Nach der Preiserhöhung vom 30. Oktober, wo das Brot rund 90 M. kostete, war dieser Preis zu 52,3 Prozent durch den Umlagepreis bestimmt. So hoch war der Anteil des Umlagepreises für Roggen am Brotpreis. Er war somit etwas niedriger als vor dem Kriege, wo 57 Proz. des Brotpreises auf das Getreide entfielen.

Das Bild verändert sich natürlich, nachdem die Reichsgetreidestelle jetzt ihre Abgabepreise verdreifacht hat. Jetzt beträgt der Umlagepreis für das erste Ablieferungsdrittel rund 31,6 Proz. des Brotpreises.

An der ganzen Rechnung ist zu bemängeln, daß nur der Preis für Umlagegetreide bei der Berechnung des Brotpreises herangezogen worden ist. Will man aber erfahren, wieviel die deutsche Landwirtschaft tatsächlich erhält, so hätte die Reichsgetreidestelle auch diejenigen Mengen Getreides berücksichtigen müssen, die sie infolge des Preisstiehs der Landwirte zu Weltmarktpreisen im Inland ankaufen mußte. In Wirklichkeit erhält die deutsche Landwirtschaft durch die Ankäufe am freien Markt vom Brotpreis viel mehr, als aus dem Umlagepreis herorgeht. Die Getreideankäufe der Reichsgetreidestelle am deutschen Markt sind, wie die Agrarier selbst berichten, in letzter Zeit recht erheblich gewesen.

Obwohl die Frage, inwieweit die Brotverteuerung durch den Lieferstreik und seine Folgen, vermehrten Ankauf am freien Markt und im Ausland, herbeigeführt worden ist, wiederholt angeschnitten wurde, weiß das Reichsernährungsministerium darauf keine Antwort. Sie interessiert aber die breitere Öffentlichkeit, die wissen will, in welchem Maße sich die deutsche Landwirtschaft, ausgebeutet durch einige Agrarierführer, an der Not des Volkes bereichert, indem sie das Brot verteuert.

Die Ausweisung von Ausländern.

Die immer größer werdende Wohnungsnot zwingt dazu, freierwerbenden Wohnraum in erster Linie nur noch für Inländer bereitzustellen. Ein Rundschreiben vom 21. Oktober 1921 erhält deshalb eine neue, diesen Verhältnissen Rechnung tragende Fassung, wozu der Minister des Innern dem amtlichen Preussischen Pressedienst folgende nachstehendes bemerkt:

In Zukunft ist also die Ausweisung eines Ausländers wegen Zuwiderhandeln gegen die bestehenden Wohnungsvorschriften auch dann zulässig, wenn er sich nach dem 1. Januar 1923 unbefugt in den Besitz nicht selbständiger Wohn- oder Geschäftsräume gesetzt hat. Zur Behebung entstandener Zweifel über die Auslegung des bisher gemachten Ausdrucks „selbständige Wohn- oder Geschäftsräume“ sei noch darauf hingewiesen, daß die Beurteilung je nach Lage des Einzelfalles unter Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnverhältnisse zu erfolgen hat.

Volkstheater und Schauspielerstreik.

Von der Leitung des Vereins Volkstheater geht uns folgende Erklärung zu:

Der Vorstand der Volkstheater E. B. legte am Dienstag abend der Verwaltung den außerordentlichen Ernst der Lage dar, in die der Verein mit seinen 170 000 Mitgliedern durch den Streik der Schauspieler geraten ist.

Die Volkstheater sind geschaffen worden, um das Theater dem Unternehmertum zu entziehen, ist auf die freiwillige Leistung und Selbstverwaltung breiter kunstbedürftiger Volksschichten aufgebaut. Wenn die der Volkstheater zugehörigen Theaterunternehmen, ebenso wie die übrigen gemeinnützigen Bühnen, gleichwohl mit den reinen Theatergeschäften im Bühnendrama organisiert sind, so folgen sie damit einem Zwang, der vor allen Dingen von der Tarifpolitik der Schauspielergesellschaft ausgeht, die nur mit Mitgliedsbeiträgen des Bühnendramas Beträge abzuschließen gestattet. Jetzt aber wird von dem gegen den Bühnendrama gerichteten Streik eine Organisation betroffen, die einen Gewinn, dessen gerechtere Verteilung, der einzige Sinn des Schauspielerkampfes sein kann, niemals erzielen wollte und konnte. Während für die reinen Geschäftstheater die Möglichkeit bleibt, den neuen Forderungen durch eine entsprechend weitere Erhöhung ihrer Eintrittspreise zu begegnen, die das Theater dann allerdings ganz an den Geschmack der zahlungsfähigsten ausliefern wird, sind die Streikermöglichkeiten der Mitgliederbeiträge für die Volkstheater begrenzt, und die Höhe, innerhalb derer die ganze Organisation noch sinnvoll existieren kann, ist für einen großen Teil der Mitglieder erreicht. Der ganze Streik aber trifft die ohnehin aufs äußerste angespannte Organisation der Volkstheater so schwer, daß die endgültige Schließung eines ihrer besten Berliner Häuser bereits in allererster Erwägung gezogen werden muß, ja, daß man von einer Gefährdung der ganzen großen Organisation überhaupt sprechen darf.

Während sich beinahe alle deutschen Städte anschicken, nach dem in 30 Jahren mächtig aufgebauten, durch alle Stürme des Krieges und der Revolution geretteten Vorbild der Berliner Volkstheater Sappelerorganisationen zu schaffen — während das Ausland in dieser Volkstheaterbewegung eine der wunderbarsten Leistungen deutscher Lebenskraft und deutschen Kulturwillens inmitten der schwersten nationalen Krise bewundert —, währenddessen ist eine, unter sozialen Schlagworten, aber mit einseitiger Uebervorhebung des Interessensstandpunktes geführte Bewegung im Besitz, die größte soziale Theaterorganisation Deutschlands zugrunde zu richten.

Museumführungen. Sonntag, den 10. 9. Uhr, finden in allen Museen Führungen durch Direktoralbeamte im Altes Museum (Antike), im Kaiser-Friedrich-Museum (Renaissance), im Museum für Völkerverständigung (Religionskunde), im Museum für Völkerverständigung (Religionskunde), im Museum für Völkerverständigung (Religionskunde) statt. Eintrittskarten zu 1 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Gedanken eines Laien.

Von Dr. Bergland.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet komme ich immer mit gemischten Gefühlen nach Hause; einerseits bin ich beruhigt im Gefühl des Bestehens; tausend Förderbänder habe ich rogen sehen, mittels derer der kostbarste Besitz Deutschlands aus der Tiefe der Erde herausgeschafft wird; tausend Schornsteine rauchen und zeigen an, daß der den Tiefen abgewonnene Brennstoff gleich an Ort und Stelle in Wärme verwandelt und zur Eisenerzeugung und -verarbeitung, zur Erzeugung von elektrischer Kraft und durch diese zu allerhand Arbeitsvorgängen benutzt wird, kurz, daß alle Gütererzeugung, die viel Kohlen benötigt, sich in die Nähe des Wärme- und Kräftependers Kohle gezogen hat. Zugleich aber erblickt man die Siedlungen der Arbeiter, in der Nähe der Zechentürme und Schlote, auf dem und durch die Unterhöhlung auf der Oberfläche dieses gefalteten Landes, die keinen angereichten meist zusammengebrängten Häuser; und wie ein Blitz springt es in die Augen. Verflüssigt unter die Arbeit, unter den zwingenden Kampf um das tägliche Brot. Aber gleich fährt die Ueberlegung weiter zu den vielen Beamten, die in gleicher Weise angeketet sind, bei denen allerdings die körperliche Hinabgabe nicht so in die Augen springt wie bei den Scharen beim Schichtwechsel heimkehrender Arbeiter. Verflüssigt bis zu den Leitern der Betriebe, die im Auto von einer Arbeitsstätte zur anderen Arbeitsstätte eilen, über die Sicherheit, die Wirtschaftlichkeit und Organisation der Betriebe nachdenkend, die neuesten Errungenschaften und Erkenntnisse ihnen nutzbar zu machen.

Das sind die zwei Seiten der immer wieder bei der Fahrt durch das Industriegebiet ins Gesicht springenden Eindrücke: Glück des Bestehens, und Zwang, ihn auszubuten. Und wie ein fernes Ideal schwebt dem Auge vor: Glück der Arbeit, der Arbeit, gedeckt durch das Gefühl des Wirkens für die Gesamtheit, hinab bis zu der schreibbar unweisslichen und jetzt vielleicht verachteten Arbeitstätigkeit.

Aber dem Laienauge fällt noch anderes auf: die großen Güterbahnhöfe, die Ausfallorte für die gewaltigen im Revier auftommenden Kohlen- und sonstigen Gütermengen sind leer. Sonst standen Oeis an Oeis Rüge mit der schwarzen Post, durch Rangieren nach besonderen Verabredungen zusammengestellt, die Lokomotiven jagten umher, um die Rangierarbeit zu bewältigen, um die Güter möglichst rasch aus den häufig verstopften Bahnhöfen fortzubringen. Heute Stille; man sieht weit hin über die hunderte nebeneinander gebauten Oeise, man kann die Güter, die nach Osten, also in das innere Deutschland, abgehen, zählen. Und die Tafel im Hauptbahnhof in Essen, auf der jeden Tag die Zahlen der angeforderten und der gestellten Güterwagen aufgeschrieben werden und die jedem ankommenden sofort angibt, wie der Ausschlag der Wirtschaft geht, zeigt bedrückend niedrige Ziffern. Und selbst dem Laien steigen schwere Ängste über die Folgen dieses Versagens auf; denn diese Folgen müssen kommen und müssen die Folgen der Teuerung nach durch Kohlenmangel, das ist aber Arbeitsmangel, ins Ungeheure steigen. — Aber gleich neben den leeren Bahnhöfen leben wir an vielen Stellen Industriebauten im Werden. Da wird fleißig gemauert, gemauert. Der Baie macht ein dummes Gesicht. Wie? Kohlen fehlen, und Bauten, in denen später doch nur unter Aufwand von Kohlen gewirkt werden kann, werden jetzt aufgeführt? Wer ist in der Lage, Bauten aufzuführen, deren Rentabilität noch völlig unsicher sein muß? Ein Freund kommt dem Laien zu Hilfe: „Steuer!“ Häßlich

er ihm zu. Und wie ein Blitz wird Herdurch die Situation gefährt! Damit wird also die Wirtschaft befaßt, denn als Abschreibung und Erneuerung tauchen doch diese Ausgaben auf und werden von den Berechnungen getragen. So sorgen die heimatliebenden Träger der Wirtschaft für ihre Zukunft auf Kosten von Deutschlands Gegenwart. Abgründe tun sich auf; viel zuviel Produktionsstätten für die Zukunft, die und verlassen insolge von Kohlenmangel, insolge der hochgeschraubten Indexpreise, der verringerten Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, die für die Wirtschaft Deutschlands bei der zwingenden Notwendigkeit der Ausfuhr allein maßgebend ist.

Raffiner, Egoismus, Genußsucht überall. Geiste Expansion statt äußerster Konzentration, Werd der deutschen Wirtschaft. Der Laie denkt: wer hängt an mit Idealismus in der Bestimmung und in der Betätigung? Müht sich seine Entwicklung nicht auch durch sanften Druck etwas beizubringen? Erst wenn hier ein Erfolg erzielt wird, wird das alte bergmännische „Glückauf“ wieder einen Inhalt erhalten. Denn sachliche und menschliche Werte sind in Deutschland in Menge vorhanden; sie müssen nur gehoben, gefördert und zur Wirkung gebracht werden.

Zucker aus Wasser? Eine aufsehenerregende Erfindung ist, wie Londoner Blätter berichten, dem englischen Professor E. C. Baly auf Grund langjähriger Versuche gelungen: er hat beträchtliche Mengen Zucker mit Hilfe von Lichtstrahlen aus Kohlenäure gewonnen, die er wieder dem Wasser entzog. Baly entdeckte im vergangenen Jahre, daß die ultravioletten Lichtstrahlen kohlenstoffsaures Gas enthaltendes Wasser in Formadehyd verwandeln können, eine Substanz, die jetzt bereits in großen Mengen in manchen Industriezweigen verwendet wird. Nun aber hat er noch herausbekommen, daß die Lichtstrahlen auch dazu benutzt werden können, um das Formadehyd in Zucker umzuwandeln. Da Wasser in unbegrenzten Mengen vorhanden und Kohlenäure als ein Nebenprodukt ebenfalls reichlich zu haben ist, so würde der Zauber der Lichtstrahlen von einer bestimmten Wellenlänge nunmehr auch zur Zuckererzeugung beitragen.

Tödliche Dunkelheit. Die Tatsache, daß die ohnehin schon so teuren Eier immer noch teurer werden, ist nicht zum geringen Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Hühner nach Eintritt der Dunkelheit nicht mehr fressen. Je kürzer die Tage, desto weniger nehmen die Hennen zu sich und halten sich daher nur noch selbst am Leben, bringen aber nicht mehr die überschüssigen Kräfte auf, die für das Eierlegen notwendig sind. Elektrische Beleuchtung hat in den Hühnerställen, wie verschiedene Versuche zeigen, sehr günstige Ergebnisse gehabt und die Eiererzeugung bis zu 30 Proz. gesteigert. Dieses Beispiel zeigt, wieviel einen großen Einfluß die Dunkelheit auf die Lebenserwartung der Tiere hat. Wie der Naturforscher Beslie B. Mainland hervorhebt, kann die Dunkelheit bei kleineren Tieren sogar den Tod herbeiführen. Besonders tropische Vögel, die an längere Lichtzeit gewöhnt sind, haben in den kurzen Wintern unseres Klimas nicht die nötige Ruhe, um sich genügend zu ernähren, und verhungern langsam. Aus diesen Gründen wird jetzt im Londoner Zoo in dem Haus der Reintiere einige Stunden vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang Licht gebrannt, und diese vier Stunden, die den Tieren mehr Zeit zur Ernährung geben, haben schon so manchen der kleinen Vögelarten aus den helteren Zonen vor dem Tode gerettet. Besonders gefährdet sind durch diese tödliche

Gewerkschaftsbewegung

Zwei Urteile über den Achtstundentag.

Die Deutsche Bergwerks-Zeitung, die offenbar den Ehrgeiz hat, die Scharfmacherei der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung zu überbieten, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer 288 an erster Stelle ein Schreiben eines angeblichen Bergmannes gegen den Achtstundentag, das nach der Anknüpfung der Schriftleitung in seiner gefundenen Kavalität und Unrichtigkeit herzerstreckend wirkte. Kein Wunder, denn der angebliche Bergmann, der seinen Namen nur deshalb beibringt, weil man ihm „den Schädel einschlagen“ würde, bezeichnet die Einführung des Achtstundentages als die größte Fete, die gemacht wurde. Damit ist kurz und bündig all das gesagt, was der sonderbare Bergmann des Unternehmerblattes gegen den Achtstundentag zu sagen hat. Wenn dieser „Bergmann“ nun nicht zu wissen braucht, daß diese „größte Fete“ im Einverständnis und mit Zustimmung der maßgebenden Unternehmer der Schwerindustrie gegen Ende des Jahres 1918 gemacht wurde, so mühte es doch die Schriftleitung dieses Unternehmerorgans wissen. Den Herrert dieser Schriftleitung sei der in einem anderen Urteil über den Achtstundentag enthaltene Vorfall ans Herz gelegt.

Am „Dochschändel der Frankfurter Zeitung“ vom 20. November erschien ein Aufsatz „Aus der westdeutschen Praxis“ von einem Leipziger „Berufsdirektor“, d. h. einem der Studenten, die sich ihren Lebensunterhalt während der Ferien teilweise oder gar vollständig durch ihrer Hände Arbeit erwerben müssen. Den beachtenswerten Ausführungen entnehmen wir folgende Stelle:

„Allen denen, die vom grünen Tisch oder vom Sofa aus den Achtstundentag als ungenügend erklären und den Arbeiter als Faulenzer ansehen, der möglichst wenig arbeiten und viel verdienen wolle, kann nicht warm genug empfohlen werden, einmal eine Woche lang die Axt an die Hand zu nehmen und acht Stunden täglich mitzuarbeiten. Dann reicht auch die märchenhafte Bezahlung, von der er in seinen Zeitungen so viel hört, vielleicht gerade, um den Hunger zu stillen, den er abends von der Arbeit mitbringt, und Zimmer und Beheizung zu bezahlen. Wie ein Staatsarbeiter, der Frau und Kinder zu Hause hat, sich durchbringen kann, empfindet der Student nun selbst als ungelöstes Rätsel.“

Man sieht, daß die Verteilung des Achtstundentages in allen Kreisen, die täglich acht Stunden lang mehr oder minder schwere Muskelarbeit zu verrichten haben, etwas anders ausfällt, als aus den Kreisen die vom Schreibtisch aus urteilen. Wer etwa noch im Zweifel sein sollte, welche Auffassung zurechtfindet, besorge den Rat unserer Berufsdirektoren und mache die Probe aufs Exempel. Bedingung ist dabei, die gleiche Lebensweise des Arbeiters zu führen, das heißt mit den geltenden „hohen Löhnen“ auszukommen. Vielleicht machen die Herren von der „Vergewerk-Zeitung“ den Anfang damit. Eine Woche lang. Dann sprechen wir uns wieder.

Eine schwerfällige Verwaltung.

Dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Frankfurt a. D. Ober, wird uns geschrieben: Die Ortskrankenkasse der Stadt Berlin betreibt eine Reihe von Heilanstalten, so u. a. auch in Willroße bei Frankfurt a. D. Ober. Die Entlohnung erfolgt nach den Grundfähigkeiten der in den Reichsfrankenanstalten beschäftigten Personen, und zwar immer nach dem Stande vom 1. September. Für den Monat Oktober wurde dem Personal der Krankenanstalten eine Pauschalsumme für Ueberverrechnungszuschüsse gewährt, ab 1. November ein neuer Lohnstarif festgelegt mit Wirkung bis 15. November 1922. Dieser Lohnstarif ist heute, Anfang Dezember, noch nicht in Wirksamkeit getreten! Man muß sich doch fragen, ob in Anbetracht der Zeit, wo Lebensmittel und Bedarfsartikel wahnwitzig im Preise gestiegen sind, es noch verantwortet werden kann, daß Löhne von 68 bis 73 M. Gehalt haben. Auch das in Kost und Logis befindliche Personal wird mit den Septemberbezügen noch abgefunden. Ein derartiger Zustand ist unerträglich, und dürften die Arbeitnehmervertreter im Vorstand und Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine dankenswerte Aufgabe darin finden, wenn sie auf die etwas schwerfällige Verwaltung einwirken, daß die Inkraftsetzung der gültigen Tarife stets umgehend erfolgt.

Gegen die Gewerkschaften.

Eine neue Gewerkschaftsaktion der Kommunisten steht bevor. Diesmal handelt es sich aber nicht darum, die „breiten Massen des Volkes“ für irgendeine kommunistische Idee zu begeistern, sondern darum, sich über die Differenzen, die zwischen einem großen Teil der kommunistischen Gewerkschaften und ihrer Partei bestehen, zu unterhalten. Vor uns liegt ein Rundschreiben, unterzeichnet „Ergebnisse Vorstand der KPD, Abteilung Gewerkschaften“, das auf ein Schreiben der Zentrale Bezug nimmt und mit folgenden Sätzen beginnt: „Es ist zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden, daß die kommunistischen Gewerkschaftsangehörigen einmal zu einer Konferenz zusammengeholet werden, um das Verhältnis dieser

Genossen zur Partei zu klären. Im Verlaufe der Betriebsratbewegung und auch schon vorher ist es oft mit solchen Genossen zu Differenzen gekommen, was regelmäßig zu einer Schädigung der Parteinteressen geführt hat.“ — Um nun für die Zukunft „ein gedeihliches Zusammenwirken“ zu ermöglichen, wird zum 10. Dezember eine Konferenz nach Berlin einberufen. Sehr interessant ist, daß die Zentrale „nur im äußersten Notfall“ sich bereit erklärt, den Delegierten das Fahrgehalt zu erstatten. Es sollen deshalb solche „Genossen“ delegiert werden, die einmal von ihrer Gewerkschaft unbeteiligt dieben und zum anderen auch die Kosten von ihr auf irgendeine Weise erhalten.“ Gibt kommunistische Unversöhnlichkeit um den Krosch in der eigenen Partei zu brenden, sollen die Gewerkschaften „auf irgendeine Weise“ die Mittel für den Kongress ausbringen. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um alle Gewerkschaften dazu zu veranlassen, ihren kommunistischen Angestellten auf die Finger zu sehen.

Dezemberlöhne der Bauarbeiter.

Die Bauarbeiter und die Arbeiter aus den Betrieben für leichte Bleche waren am Dienstag sehr zahlreich in der Brauerei Königsplatz versammelt, um den Bericht über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgeberern entgegenzunehmen, der vom Branchenleiter Krüger erstattet wurde.

Es wurde für alle in den Betrieben beschäftigten Arbeiter über 20 Jahre, ab 1. bis 17. Dezember, ein Zuschlag auf die Stundenlöhne in Höhe von 90 M. und für die Zeit vom 18. bis 31. Dezember ein weiterer Zuschlag von 63 M. bewilligt. Damit stellen sich die Stundenlöhne für Schlosser im 1. Gesellenjahre in den ersten Dezemberhälfte auf 238, in der zweiten auf 291 M. Im 2. Gesellenjahre auf 288 bzw. 316 M. Nach dem 2. Gesellenjahre auf 289 bzw. 352 M. Kolonnenführer, welche Helfer beschäftigen, erhalten 300 bzw. 363 M. Selbständige Schlosser 295 bzw. 358 M. Transportarbeiter 285 bzw. 348 M., Maschinenarbeiter 287 bzw. 350 M. Sundry Arbeiter erhalten: im Alter von 14 bis 15 Jahren 87 bzw. 110 M., von 15 bis 16 Jahren 90 bzw. 113 M., von 16 bis 17 Jahren 130 bzw. 163, von 17 bis 18 Jahren 137 bzw. 175, von 18 bis 19 Jahren 186 bzw. 234 und von 19 bis 20 Jahren 215 bzw. 268 M.

Die Feuerungszulage für Arbeiter ohne Kinder ist von 5 auf 8 M., mit Kindern von 8 auf 12 M. erhöht worden. Die Bauzulage von bisher 150 auf 4 M. pro Stunde.

In der Aussprache wurde das Ergebnis von den Rednern als unzufriedenstellend bezeichnet. Bei der Abstimmung aber wurden die Zugeständnisse angenommen, wenn auch gegen eine erhebliche Stimmenzahl.

Hierauf folgte noch ein kurzes Referat von Krüger über die Beschäftigungsfrage, deren Regelung, soweit es noch nicht geschehen ist, unverzüglich angestrebt werden soll.

Zum Schauspielereifreil.

Der Verband Berliner Bühnenleiter hat an das Präsidium der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Gegenüber diesen Forderungen stellt der Verband Berliner Bühnenleiter fest: Nach der Indeziffer wäre die Novembergage nicht ganz 45 000 M., die Dezembergage voraussichtlich etwa 60 000 M. Diese amtliche Feststellung der Preissteigerung wird also von der Genossenschaft nicht anerkannt.

Bei der Sachlage steht der Verband Berliner Bühnenleiter, der sich siebenmal vergeblich an den Verhandlungstisch gesetzt hat, in erneuten Besprechungen der gleichen Persönlichkeiten keinerlei Ausweg, es sei denn, daß die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ihrerseits mit diskutablen Vorschlägen an ihn herantritt!

Die Theaterdirektoren wollen es also auf einen Nochtkampf ankommen lassen. Denn abgesehen davon, daß die angeführte Indeziffer für November eine hinter der Indeziffer der Stadt Berlin erheblich zurückgebliebene Reichsindeziffer ist und daß die Teuerung im Dezember sich noch nicht feststellen läßt, ist der Schlusssatz so formuliert, daß er einer Ablehnung des Vermittlungsversuchs von Konrad Hänsch gleichkommt.

heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Reuen Welt, Hofenheide 140, eine von den ersten Kräften des Lessing-Theaters veranstaltete Aufführung zu populären Preisen von 100 bis zu 350 M. zugunsten der Streikenden statt. Zur Aufführung gelangt Goethes „Faust“. In den Hauptrollen Theodor Loos, Alexander Granach, Marianne Wenzel, Martha Hartmann, Max Grünberg, Emil Lind, Karl Eizer, Julius Herrmann, Ulrich Bettac, John Gottowit, Maria Rein. Der Billetverkauf ist im Bezirksbildungsausschuss der SED, Lindenstr. 3, 2. Hof 2. Tr.

Am Freitag, den 8. Dezember, gibt das Ensemble der Reinhardt-Bernauer-Bühnen eine Vorführung von Grillparzers „Südin von Toledo“. Saal und Billetverkauf wie oben.

Wegen der großen Nachfrage nach Eintrittskarten für die zu Freitag, den 8. d. Mis., anberaumten Nochtvorstellung von Schillers „Räuber“ sieht sich die Streikleitung veranlaßt, diese Veranstaltung in den Jirtus Busch zu verlegen. Darum kann auch der Termin nicht eingehalten werden, und so findet diese Aufführung Anfang nächster Woche im Jirtus Busch statt. Alles Nähere wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Vorstandswahl der Kupferschmiede.

Nachdem der Uebertritt zum DMB. nach dem bisher bekanntgegebenen Zeitergebnis abgelehnt ist, muß es unsere Pflicht sein, gegen jede Zersplitterung in unseren Reihen energig Front zu machen. Da von den Kommunisten wieder eine rein politische Liste zur Vorstandswahl eingereicht ist, haben sich die Funktionäre der Anstalt in Richtung auf die Wahl beschiedigt. Diefelben haben folgende Kandidaten vorgeschlagen: Zum 1. Vors. B. Grunhöber, 2. Vors. W. John, 1. Schriftf. W. Bube, 2. Schriftf. A. Krug, Kassierer A. Krüger, Redif. A. Ditt, O. Bauer, G. Sturm, W. Jordan. Wie die Kommunisten in unserer Organisation arbeiten, beweist das Vorgehen des jetzigen Vorsitzenden Kollegen Schöber. Dieser vertritt, jede Situation nach parteipolitischen Grundfragen anzuschließen und sich nur nach den von seiner Partei herausgegebenen Parolen zu richten. Daher auch manchem Zustimmung zu einem Beschluß und dann, wenn die Parteiparole anders lautet, Umstul. Alle Kollegen, welche mit dieser Art gewerkschaftlicher Arbeit nicht einverstanden sind, erscheinen Mann für Mann in der am Freitag stattfindenden Versammlung und treten für die oben angeführten Kandidaten ein. Der Fraktionsvorstand.

Zum Streik bei Sarotti. Die gestrige Betriebsversammlung hat zu der freilich Entlassung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Firma Sarotti Stellung genommen und ihrerseits es abgelehnt, eine neue Abstimmung über den Streik stattfinden zu lassen, weil durch die ausgeführte Entlassung die Situation in keiner Weise geändert sei. Die Versammlung nahm den Beschluß des Genossen Heppich entgegen, der mitteilte, daß die gestern geplante Bezirksauskunftung seitens der Arbeitgeber aufgehoben und vertagt sei, bis die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Eine Verhandlung vor Aufnahme der Arbeit hat der Arbeitgeberverband abgelehnt. Die Organisation der Wäder und Kontiboren hat sich beschwerdeführend an die Zentrale der Arbeitgeber gewandt, weil durch das Vertagen der Sitzung eine Verständigungsmöglichkeit, wie sie der Tarif beiden Seiten als Pflicht auferlegt, verhindert wird. Die Organisation tut alles, um eine Verständigung doch noch zu ermöglichen. Jedoch besteht die Gefahr, daß seitens der Arbeitnehmer der Streik verhärtet wird und es wird auch bereits im Schoße des Arbeitgeberverbandes die Frage der Aussperrung erwogen. Die Gewerkschaftsvertreter haben das Reichsarbeitsministerium als Schiedsinstanz angerufen.

Achtung, Zimmerer! Das am 27. November getroffene Lohnabkommen ist nunmehr von beiden Parteien angenommen; mithin beträgt der Stundenlohn für Zimmerer vom 1. bis einschließlich 14. Dezember 280 M., zusätzlich 250 M. pro Stunde Werkzeugsentschädigung. Der erhöhte Lohnsatz ist erstmalig am Freitag, den 8. d. M. zur Auszahlung zu bringen.

Druckfehlerberichtigung. Durch den Ausfall eines Wortes in unserer Rotiz „Gewollregiment im DMB. Berlin“ in der gestrigen Morgennummer ist der Sinn eines Satzes entfallen worden. In dem Satz, der auf der zweiten Spalte, vierte Zeile beginnt, muß es heißen: leider fänden die Berliner Delegierten... selten die Unterstützung der Kommunisten... Es heißt etwas weiter oben nicht „auch dem erweiterten Beirat“, sondern „auf dem erweiterten Beirat“.

Angestellte der Kunst- und Bauhölzerfabrik. Donnerstag abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Brauerei Königsplatz, Heinz Saal, Schönbauer Allee 9-11.

Wahlrunder von W. Seidel. Betriebsversammlung heute mittags 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftsraum, Coal 5. Tagesordnung: Bericht des Kommission über die Wiederbestellung des Personalis. Erscheinen aller ist Pflicht.

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverband. Sitzung, Tapezierer Donnerstag 7 Uhr in den Zentral-Schulen, Alie Julestr. 21, Bismarckplatz.

Deutscher Werkmeisterverband, Berlin 17, Ueber-Industrie. Freitag 5 Uhr Generalversammlung im „Mergandiner“, Gedächtnis- und Ausschussbericht. Kennen des Vorstands, Berichtsangelegenheiten. Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

Centralverband der Angestellten. Chemisches Großhandel. Mitgliederversammlung Freitag abends 7 1/2 Uhr in den Zentral-Schulen, Alie Julestr. 20-22.

Centralverband der Schuhmacher. Freitag abends 7 Uhr bei Witz, Sebastianstraße 35. Versammlung der Friedrichshagenen Schuhmacher.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Giese, Berlin. Berlin Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formica-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

GARBATY
YORK

Die neue Wintermode

- | | | | | | |
|--|--------------|---|----------------|---|--------------|
| Ulster modern verarbeitet aus halbbarem Stoffen, außer gewöhnlich preiswert | 13500 | Sportpelze in verschiedenen Pelzfütterungen, wie Opossum, Nerzmarmel, Biberstehhaar mit Nutria, Walaby und Opossumschulzkragen in reichhaltiger Auswahl | 175 000 | Winterjoppen in Sport- und Interimform aus guten Lodenstoffen mit warmer Fütterung | 10000 |
| Schlüpfer u. Raglans aus Flauss, Homespun und Orknessstoffen guter Qualität | 25000 | Gehpelze in den edelsten Pelzarten in erstklassiger gelingener Ausführung, Nutria, Zobel, Hasel, Bisam und Bismarckschulter mit Seidelektre Rollschulzkragen, virginischem und Sealotterkragen | 225 000 | Morgenjoppen aus Flauss u. glatten Stoffen, sehr große Auswahl | 9000 |
| Paletots ein- u. zweifach, aus marengo und schwarzem Cheviot sowie Eskimo | 18000 | Reise- und Fahrpelze Lammfellfütterung, Lammfellkragen und Aermelfütterung mit Doppelbörge in bester Qualität | 175 000 | Schlafröcke aus glatten u. Flaussstoffen | 15000 |
| Jackett-Anzüge ein großer Posten gran, braun meliert, sehr haltbare Ware | 13500 | Gediegener Reisevelz in moderner Ausführung aus melleren Homespunstoffen mit Walabyfütterung, Walabykragen und Aermelfütterung | 350 000 | Jünglingsschlüpfer Größe 38-44 mannigfaltiger Art u. Ausführung | 12500 |
| Jackett-Anzüge jeglicher Art und Ausführung aus guten Stoffen | 25000 | Herrn-Flizhüte in modernsten Farben und Formen | 2 400 | Burschen - Schlüpfer Größe 7-12 in vielen geschmackv. Mustern u. Farben | 9500 |
| Sport-Anzüge mit Breecheshose aus Homespun, Cheviot- und Orknessstoffen, geschmackvoll nach der neuesten Mode verarbeitet | 18000 | Jumper für Damen Handarbeit, reine Wolle in elegantester Ausführung | 9 500 | Knaben - Ulster und -Schlüpfer Größe 1-6 in großer Auswahl auslänglich mit Mk. | 7000 |
| Sport-Anzüge aus gut. Manchest. mit Breeches oder langer Hose | 22500 | | | Kapokwesten warm gefüllter Mk. | 350 |
| Loden-Mäntel Bremer u. Raglansformen aus gutem Loden | 15000 | | | | |

Schwarze und braune Chromleder-Mäntel und -Anzüge fertig am Lager

Angeb. freileibend! Mit Anzahlung gekaufte Waren werden nur 14 Tage reserviert.

BAER SOHN

Akt.-Ges.

Die Preise für Maßbestellungen erhöhen sich entsprechend den jeweiligen Lohnaufschlägen.

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Ausländische Häuserspekulanten an der Arbeit.

Die Kampagne gegen die ausländischen Häuserspekulanten, über die der „Vorwärts“ mehrfach berichtet, ist ein Beweis dafür, daß das Uebel schon für weite Kreise recht empfindlich geworden sein muß. Die Behörden wären keineswegs machtlos, die Berliner Wohnungsinhaber durchaus nicht den unerhörten Drangsalierungen durch diese Vampire wehrlos preisgegeben, wenn man die ganze Angelegenheit anders anfassen würde. Diejenigen, die Gelegenheit hatten, die Operationen der Häuserspekulanten von der Nähe aus zu verfolgen, sollen die beobachteten konkreten Tatsachen zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen. Dann werden sich die Mittel und Wege finden, um diesen bis jetzt beherdlich konfessionierten Schädlingen der Volksgesundheit das Handwerk zu legen.

Der Dollarmillionär als Hausverwalter.

Die Beobachtungen unseres Gewährsmannes beziehen sich auf einen amerikanischen Viehhändler, der in Berlin als Häuserspekulant auftritt und dessen ganzes Vorgehen typisch ist. Im Laufe weniger Wochen hat dieser Mann dank dem rapiden Steigen des Dollarkurses eine Reihe von Häusern in verschiedenen Stadtteilen Berlins zusammengekauft und zum Teile ebenso rasch mit Millionennormen an andere amerikanische Schleber verkauft, die mit tüchtigster Beschleunigung die gleiche Operation wiederholten. So sehen wir hier vor einer Raubwirtschaft schlimmster Art, deren Schäden die Mieter zu tragen haben. Und doch sind die Mieter derartiger Herrenloser, immer wieder verschärfter Grundstücke glückselig zu preisen im Vergleich mit den Bewohnern jener Häuser, die die Spekulanten zu „verwalten“ sich vorgenommen oder in die sie sich gar selbst einzumischen verstanden haben. Dem überseelischen Schleber, dessen Treiben geschildert werden soll, war offenbar der Boden, auf dem er sein „Betriebskapital“ ergattert hatte, zu heiß geworden. Der Mann beschloß daher, sich in einem seiner Berliner Häuser festzusetzen. Da galt es vor allem, sich eine elegante, aber billige Wohnung zu sichern, um die Hotelkosten zu vermeiden. Er wählte natürlich ein Haus, das in einer der vornehmsten Straßen Berlins gelegen ist. Nun begann er wochenlang die Verhältnisse der einzelnen Mieter auszuforschen und auf Grund der erbrachten Informationen eine Wohnung nach der anderen regelrecht zu belagern. Dem einen Mieter drohte er mit Denunziationen, gegen den anderen strengte er einen Prozeß an, dem dritten stellte er wucherische Vorteile in Aussicht, wenn er ihm seine Wohnung abtreten würde. Endlich gelang es ihm, von einem der Mieter durch Einschüchterungsmanöver die Hälfte seiner Wohnung um einen Spottpreis zu erpressen. Er gab vor, als Grundstücksbesitzer von den Behörden erfahren zu haben, daß die Aufhebung des Wohnungszwangses schon bald erfolgen werde und drohte, den Mieter in diesem Fall auf die Straße zu setzen, wenn er ihm die Räume nicht abträte. Ferner rühmte er sich seiner intimen Beziehungen zum Wohnungs- und Miet-einigungsamt. In Deutschland seien jetzt „alle beschützt“ und die einflussreichsten Beamten der genannten Behörde seien seine „guten Freunde“.

Betrügerische Schikanen.

Einmal im Hause eingeklinkt, setzte er die verschiedensten Manöver ins Werk, um sich aus demselben möglichst hohe Einnahmen zu verschaffen. Sein Hauptstreben war darauf gerichtet, Räume freizubekommen, um sie entweder für Millionen an Ausländer zu verkaufen oder eingerüstet zu Wucherpreisen zu vermieten. Monate lang bemühte er sich bei den Behörden, zu erwirken, daß von sämtlichen Wohnungen die Hälfte abgepalten und ihm zur Verfügung gestellt werde. Gleichzeitig spekulierte er darauf, die minder-kapitalkräftigen Mieter durch unnötige Vermehrung der Ausgaben zum Verlassen der Wohnung zu zwingen. Zu diesem Zweck unterzog er sich bereits im Frühjahr großmütig der Anschaffung von Kohlen für das ganze Jahr und legte zu, einen großen Vorrat zu heften. Er ließ jedoch, trotz der bereits erfolgten Anzahlung der Mieter, viele Monate verstreichen, bis die Kohlen einen horrenden Preis erreicht hatten. Nun verlangte er von den Mietern die Einzahlung des vollen Kaufpreises. Durch seine „Bewachung“ hatte er ihnen auf diese Weise einen Schaden von einigen hunderttausend Mark verursacht, der manche der Wohnungsinhaber tatsächlich in die schmerzliche Lage brachte. Diese Transaktion verknüpfte jedoch der pflichterfüllte Verwalter mit einem glänzenden persönlichen Geschäft. Er sorgte dafür, daß einige hundert Zentner Kohlen weniger geliefert werden sollen. Erst nach Monaten kamen die Mieter, dank

einer Untersuchung durch Sachverständige, auf die Spur des Betruges. Man berechnete, welchen Gewinn der Kohleneinkauf diesem Mann, der in solcher Weise sein sechs Häuser nicht belieferte, abgeworfen hat. Und man erwäge andererseits, daß die Mieter nun gezwungen sind, die fehlenden Kohlen zum zweitenmal, aber zu viel höheren Preisen zu bezahen, so daß sie einen neuen Verlust von einer Million Mark erleiden.

Nachlässige Behörden.

Wenn man das nachlässige Vorgehen der Behörden, die Indolenz, Apathie und Aengstlichkeit der Mieter diesem Vandalen gegenüber beobachtet, so denkt man an die Szene in einer französischen Posse, wo ein Weltmann einer durch das Fenster eindringenden Einbrecher unter vielen Verbeugungen einläßt, ihn auszulündern. Man muß bedenken, daß die von den ausländischen Spekulanten gekauften Häuser niemals mehr in die Hände von Leuten kommen können, die sie in normaler Weise bewirtschaften würden. Die Preise sind so hoch emporgeschraubt worden, daß nur ein anderer Spekulant, ein noch grausamerer Ausbeuter solcher Käufe wagen kann. Hier gibt es nur einen Ausweg: Diese Häuser müssen unter geschicklich reduzierten Preisen von den Gemeinden anaufkauft werden und in Gemeinwirtschaft übergeben. Wie lange aber wird man noch das weitere Umschreiben dieser ausländischen Pest tolerieren? Freilich sind die, die sich an den Eingeweihten des gefallenen Deutschland mästen und den Ertrag schwerer Arbeit des deutschen Volkes in Form von Spekulationsgewinnen an sich reißen, gerichtlich nur selten zu fassen. Sie haben ihr Leben der Wissenschaft des Schwindels gewidmet und bewegen sich nun mit der Sicherheit eines Nacht-mandiers dicht an der Grenze des Strafgesetzbuches, ohne unter die Macht eines Paragraphen zu fallen. Wegen solcher Verbrecher, deren Missetaten oft zu schlau kombiniert sind, als daß sie nachgewiesen werden könnten oder vom Strafbüchlein noch gar nicht vorgelesen wurden, gibt es nur ein Schutzmittel — das admi-nistrative Vorgehen: die Ablehnung der Pachtverlängerung und selbstverständlich auch der Einbürgerung der hier Weisenden — in Fällen größerer Uebergriffe auch die sofortige Ausweisung —, ferner die Verweigerung des Passports für problematische Einreisefähige im Ausland.

Die Verhärtsung der ausländischen Schwarzfahrer, die Berlin und alle anderen Großstädte Deutschlands zu ihren Ausbeutungs-objekten gemacht haben, muß endlich aufhören. Die Berliner Einwohner-schaft muß sich durch die Flucht in die Dementlichkeit der weiteren Ausbeutung entziehen. Die neuen Herren Berlins müssen rücksichtslos an den Pranger gestellt, Exempel müssen statuiert werden. Das allein wird abschreckend wirken.

Der Blick auf den Dollar.

Aus einer kleinen Stadt wird uns geschrieben: Die Frage, wie sehr sich der Preis für eine Ware zusammen, ist unbedingt eine der schwierigsten. Immerhin gibt es offenkundige Tatsachen, die eine Betrachtung ermöglichen. Der Bauer und Großgrundbesitzer, der Getreide produziert, wird nach der Ernte der Wehrzahl der Feldfrüchte, also im Herbst, darüber im Klaren sein, was er geerntet, er wird auch wissen, was sich und die Wirtschaft zu erhalten erfordert. Wenn er aber darüber hinaus sagt, daß der Preis des nach Deutschland aus dem Auslande eingeführten Getreides — der „Weltmarktpreis“ — für ihn maßgebend sein soll, so stellt er, nachdem unser Geld durch das Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr und andere Einflüsse schlechter und schlechter geworden ist, ein unbilliges Verlangen auf.

Die Nahrung ist das Fundament unseres Lebens, und der Staat, der ja immer helfen soll, kann dir wohl einen Pfah für dein müdes Haupt zur Verfügung stellen, aber keine Nahrung besorgen, wenn keine da ist. Natürlich sagt der nicht vom Ackerbau lebende Mensch, der Arbeiter, Angestellte usw.: Ich muß den und den Lohn haben, um wenigstens existieren zu können, der Fabrikant, überhaupt der Arbeitgeber sagt: Lohn und Materialien steigen, also muß ich die Preise erhöhen. Nimmt man nun noch den die Verbreitung der Waren besorgenden Handel hinzu, so findet sich der

gleiche Gedankengang in anderer, womöglich potenzierteter Form. Die Schlange, die sich in den Schwanz beißt! Aus dem Dilemma herauskommen kann man nur, wenn die landwirtschaftliche Produktion sich mit einem vernünftigen Profit begnügen würde. Schlagt doch mal eure Bücher auf, ihr Landwirte, sofern ihr solche überhaupt führt — legt doch von euren autoritativen Fachleuten bedachte — die Tatsachen auf den Tisch des Hauses, in dem das deutsche Volk wohnt. Geschieht das, so ist die Handhabe geboten, weiter zu gehen. Zeigt ihr mit zwingender Notwendigkeit, daß ihr für den Liter Milch 50 M. (wie es jüngst in einer kleinen Stadt der Fall) fordern müßt, so wird man sich den Händler ansehen, der diese Milch mit 84 M. am Ort verkauft. Spielt die Landwirtschaft mit offenen Karten, so wird man der Industrie und dem Handel die Damschrauben zum Abbau der Preise ansehen können. Dann käme man für die wichtigsten Waren zu einem Beharrungszustand. Die Preise für Luxuswaren, Kaffee, Schokolade, Tabak könnten ja ruhig weiter in die Höhe klettern, falls die Markt noch schlechter und die zur Bezahlung der betreffenden Rohmaterialien aufzuwendenden Geldbeträge demgemäß noch höher als jetzt sein müßten. Aber wahrscheinlich würde die Mark nicht schlechter werden ...

Solchen Gedanken hängt der gesunde Menschenverstand in der Kleinstadt nach, wenn er sieht, wie alt und jung, reich und arm auf den Dollar stiert, wenn er in jedem einzelnen nur das Bestreben erwachen und wachsen sieht, aus dem Dollarlande Honig zu saugen.

Erhöhung der Wohnungsabgabe.

Infolge der ständig zunehmenden Geldentwertung sind die Baukosten so gestiegen, daß für das Jahr 1923 neue Mittel zur Förderung der Bautätigkeit erschlossen werden müssen, wenn die Neubautätigkeit nicht völlig stocken soll. Das Reichsministerium hat daher dem Reichsrat eine Novelle zum Wohnungsabgabegesetz vorgelegt, wonach die Wohnungsabgabe (Mietsteuer) vom 1. Januar 1923 ab erheblich erhöht werden soll. Die Länder sollen 750 Proz. der Friedensmiete und die Gemeinden (Gemeindeverbände) den gleichen Betrag erheben, so daß die Abgabe insgesamt das 10fache der Friedensmiete betragen würde. Bei weiterer Geldentwertung soll die Abgabe im Laufe des Rechnungsjahres erhöht werden. Das Recht der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu weiteren Zuschlägen soll bestehen bleiben. Die dadurch sowie durch die Auswirkung des Reichsmietengesetzes eintretende Erhöhung der Mietpreise ist eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Um Härten bei der Erhebung der Abgabe nach Möglichkeit zu verhüten, soll die „soziale Klausel“ des Gesetzes erheblich erweitert werden. Kriegsgeldbesitzer, Sozialrentner und Kleinrentner, für die bereits besondere Fürsorgemaßnahmen getroffen, sowie pensionierte Beamte und die Hinterbliebenen von Beamten, deren Bezüge das im Einkommensteuergesetz für die Ermäßigung vorgesehene Minimum nicht erreichen, sollen von der Abgabe befreit bleiben. Außerdem soll eine Erleichterung zulässig sein, wenn die Abgabeschuldner Anspruch auf Ermäßigung der Einkommensteuer auf Grund des § 26 Abs. 1c des EStG. hatten, oder — wie bisher — wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit, Erwerbslosigkeit oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeutet.

Rücknahme der Junglehrer-Rückstellungen.

Die Junglehrerfrage, die in Lehrers- und Elternkreisen so große Erregung hervorgerufen hatte, findet jetzt eine Lösung, die hoffentlich alle Beteiligten zufriedenstellen wird. Da Aussicht besteht, daß die Reichszuschüsse in Höhe von 75 Proz. des Besoldungszuwachses seit 1. Januar 1921 auch für alle vollbeschäftigten Hilfslehrkräfte gezahlt werden, und weil die einmalige Einschulung zum 1. April 1923 einen Mehrbedarf an Hilfslehrkräften erfordert wird, hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die zum 31. Dezember 1922 ausgesprochenen Rückstellungen der Junglehrer zurückzunehmen. Wegen des Reichszuschusses, der die Vorbedingung hierfür ist, wurde ein entsprechendes Ersuchen an das Unterrichtsministerium gerichtet.

Die wir weiter erfahren, hofft der Magistrat, angesichts der ersten Finanzlage der Stadt in der Öffentlichkeit das weiteste Verständnis dafür zu finden, daß er nunmehr die von ihm für notwendig gehaltenen Maßnahmen zur Ersparrnis auf anderen Gebieten der Schulverwaltung durchführen will. Nach Abwägung aller pädagogischen Bedenken hat er beschlossen, im Laufe des Winters eine vierwöchige Unterrichtsruhe einzutreten zu lassen, womit viele Millionen an Heizungskosten erspart

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Bick Baum.

Eine Autohupte schalt und schrie und krächzte feindselig die Straße her. Staub, Räderwirbel, Dunst, in dem Schleier fliegen und Brillen flatterten. Bernwards Auto schleppte die Fremden zum Fluß, um ihrer Reugier die einrückenden Männer zu zeigen.

„Da haben wir die Stintbüchse,“ sagte Leonhard und sprang über den Straßengraben. Aber Anselmus ging geradeaus, mit einem verboherten, zornigen, fast kindlichen Ausdruck von Trotz im harten Gesicht. Dies war sein Weg. Das Auto bremste und wich vor ihm zur Seite.

2. Der Schacht.

Anselmus sank. Eine Tiefe erschloß sich der anderen, sie fielen und fielen unmeßbare Zeit. Manchmal war es wie Traum, Erinnerung von oft Gesehenem. Die Wände schlugen Feuchte her, der Förderkorb hebe sinkend an den gestrafften Ketten. Sie standen eng gedrängt und schweißgarn, müde im kleinen Licht der Grubenlampen. Manchmal war die Finsternis im Schacht augenblickslang aufgelockert, ein Schein schnitt von unten her, glitt vorbei und hinauf; man kreuzte einen Stollen. Am untersten arbeitete Anselm. Lorenz knurrte. Die durstige Minna nannten sie hier den Stollen, er hatte harte, feine, magere Kofle und war immer noch eine Pumpe arbeitete atemlos, die Wände rannen, aus dem Boden quoll die Feuchte, die Füße, Knöchel, Arme standen im schwarzen Wasser, der Rücken froh, Tropfen fielen herab in tiefer, gleichmäßiger Lortur. Die Balken saulien, senkten sich. Immer gab es Unglück bei der durstigen Minna. „Sie stecken dich in den elendesten Winkel“, knurrte Lorenz, aber er blieb bei ihm. Anselm zuckte die Schultern, er lächelte, er hatte ein neues Wädeln aus Bitterkeit und etwas Weichem gemischt. Er war älter als vierzig Jahre. Da die andern die Dienstpflicht in das Bergwerk trieb, war er freiwillig mitgegangen, um ihnen Genosse zu sein. Das verdönte sie nicht. Die alten Bergleute, deren die Einrückenden zur Schulung übergeben mooren, lachten ihn heimlich aus. Sie steckten ihn zur durstigen Minna. Lorenz sog eine enorme Faust aus der Tasche, drückte sie auf den Tisch und meldete sich auch dorthin. Seine großen Glieder und seine gute Laune lagerte er wie einen Koll um Anselm. Der Förderkorb sank mit seiner Ladung

stummer und erbitterter Menschen, hielt, lud ab, sank, sank. Nach einer Ewigkeit von zwei Minuten kam ihnen die Sohle entgegen. Ein fauchendes Tier sprang aus der Dunkelheit auf mit eisernen Gliedern, die Pumpe.

Traumreisen lagen um Anselmus Stirne. Wo bin ich? dachte er, als sie zwischen den schwarzen nassen Wänden hinschritten. Was er als neu erlebte, war ihm alles alt und oft gewesen. Sein Schatten sprang vor ihm her.

Am Ende des Stollens arbeitete ein Mann, noch schwarz überkrustet; er sah aus, als hätte der Tag ihn hier unten vergessen. Er hieb mit rasenden Hammerschlägen auf das Gestein ein; es sah aus wie Haß und Zorn.

„Guten Morgen, Kamerad. Bist du noch immer hier?“ fragte Lorenz und streckte seine große Hand aus. Der Mann ließ ausgefressen den Hammer verweilen; er hob den Blick, und ohne sich von den Anien zu erheben, senkte er stumm den Kopf, verneigte sich felsam gnomenhaft.

„Ein Russe?“ fragte Anselmus leise, aber Lorenz schüttelte den Kopf.

„Wie heißt du, Kamerad?“ fragte Anselm. Der Mann, den Blick zu ihm hebend mit starkem Ausdruck, wies auf seine Stirn, zwischen die Brauen; es war eine seltsam maskende Bewegung, als stünde dort ein Zeichen.

„Wir nennen ihn Bruder Namenlos“, sagte Lorenz.

„Ist er stumm?“

„Rein. Aber er spricht nicht.“

„Was ist es mit ihm?“

Lorenz zuckte die Achseln. „Wir müssen arbeiten“, sagte er, und trat die Spitzhake in Anselms Hand. Dann stemmte er seine Arme gegen das stühende Gebälk und begab sich an Wallen und Ketten zum Werk. Anselm senkte die Hake knirschend in die Stelle ein, die Lorenz ihm gewiesen hatte. Er spürte schütternd bis in die Schultern Härte, Widerstand des Steines; er biß die Kiefer zusammen wie alle im Bergwerk, und schnell wurde die Arbeit ihm Kampf. Brennen begann in den Händen; in der nahen Kälte ließ ihm Schweiß herab, der schwarz war. Erde und Mensch trieste hier in der Tiefe. Der Stumme neben ihm schwang sich längst wieder wie rasend gegen das Gewände. Anselmus Nacken schmerzte und war zu müde, als daß er den Kopf dem Vierien zugewendet hätte, der da in ihrem Winkel hessert war. Er sank in den Kreis der Arbeit ein, der ihn ausnahm. Wirbel oder Rausch, Rhythmus: Schwung, Hieb; Schwung, Hieb; Schwung, Hieb; Heranzucken, die schwarze, greifende Hand und Weg-

rollen. Manchmal war ihm, er biße die Kohle auseinander; die Zähne mahlen und knirschen wie die Hake. Auch war es ihm wie ein Krampf, der die Faust um den Stiel der Hake zusammenschloß. Seit tausend Jahren hielt er nun dieses Holz umkrampft, den Hebel —

Welchen Hebel . . . ?

Nur ein Huschen von Blitz und Wachslein. Erschrecken und Wissen. Dann wieder Wirbel.

Noch immer der Stollen im Bergwerk, nichts anderes.

Es pfliff ein Viehdchen, und es kamen doch keine Vögel hierher. „Lorenz?“ fragte Anselmus, blind vom Schweiß, der seine Lider wusch. „In einer Stunde ist Frühstückzeit“, sagte es tröstlich dem dünnen Schein zwischen dem Gebälk. Sobald ich diesen verdammten Winkel gestügt habe, komme ich zu dir.“

Da Anselmus den Kreis und Takt der Bewegung unterbrochen hatte, spürte er, wie stark ihm Rücken und Genick schmerzte; er stand noch, verweilte eine Minute, er mußte allen Willen sammeln, um sich wieder zu büken. Sein Blick fiel auf die eigenen Hände; sie waren schwarz und verändert geworden, wie Fremdes waren sie vor seinen Augen. Neben ihm schlangen die Hände des Namenlosen das Werkzeug; Anselmus war es wunderbar, wie sehr sie seinen eigenen gleichen. Die Hände kannte er und es war ihm, auch das Gesicht des Menschen sei ihm vertraut unter der schwarzen Maske von Kohlenstaub, die es bedeckte. Während Anselmus noch stand und felsam angerührt die brüderlichen Schatten anstarrte, kam das Rollen wieder. Er wendete nicht ohne Mühe den Kopf und sah ihm entgegen.

Vom Schacht her bewegte sich am dünnen Schein einzelner Grubenlampen eine dunkle Masse, kam näher, zerfiel zu einer Kette kleiner Wagen. Grubenhunde, vorwärts geschoben von einem kleinen menschlichen Wesen mit vorgebeugten, überanstrengten Schultern. Es war ein Knabe, dünn, abgemagert, mit der schwarzen Maske der Bergmenschen und den greifenden, sammelnden schwarzen Händen. Anselmus schaute ihm schweißgarn und verknümt zu, wie er die Kohlen aufstufte, — sein Atem schweuerte laut und angestrengt in der Kehle — wie er Arme und Brust und Schultern gegen die gefüllten Hunde stemmte, seine dünnen Arme zitterten ein wenig dabei, bis alles wieder sich dunkel gegen den Schacht hin in Bewegung setzte. Auch dich kenne ich, dachte er, und es war ein wenig Wärme, Mitleid oder Rührlichkeit dabei.

(Fortsetzung folgt.)

Verkehrsfragen im Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Interpellation über die Steigerung der Lebensmittelpreise von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden wird.

Es folgt dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilt mit, daß auf Grund des bestehenden Gesetzes von den 250 000 Schwerkrriegsbeschädigten und 100 000 Schwerunfallbeschädigten zurzeit nur 17 000 ohne Arbeit sind. Die Hälfte von ihnen dürfte dauernd arbeitsunfähig sein, während die andere Hälfte nur deshalb ohne Beschäftigung ist, weil die Schwierigkeiten der Wohnungbeschaffung und des Umzuges zu groß sind. 22 000 Arbeitsplätze für Schwerkrriegs- und Unfallbeschädigte stehen noch offen.

Abg. Budahn (Dnat.) fragt nach dem Verbleib der Novelle zum Reichsvorsorgegesetz und beantragt, den vorliegenden Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kriegsbeschädigte zu überweisen.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilt mit, daß die Novelle zum Versorgungsgesetz voraussichtlich noch in diesem Monat dem Reichsrat zugehen wird.

Der Gesetzentwurf wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen und darauf die zweite Lesung des 7. Nachtragsetats bei den Forderungen zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Wasserstraßen) fortgesetzt.

Abg. Thomas (Komm.) bemängelt, daß das Kanalamt sehr weniger Arbeiter als 1914 beschäftigt, daß selbst die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten unterbleiben und an unrechtem Orte geparkt wird.

Die Forderungen für die Wasserstraßen, das Kanalamt und den Reichswasserschutz werden bewilligt, ebenso ohne Aussprache die Forderungen für das Luft- und Kraftfahrwesen.

Bei der Beratung des Nachtragsetats für die Verwaltung der deutschen Reichsbahn erkennt Abg. Höllein (Komm.) an, daß die Eisenbahntarife noch hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben sind. Die Urheber der Unrentabilität der Eisenbahn seien genau dieselben Kreise, die sich über das Defizit entrüsten und die Privatisierung der Reichseisenbahn propagieren.

Herr Groener führe in großem Umfange eine Personalbeschränkung durch und treibe die größte Auspressung der lebendigen Arbeitskraft. Der Redner wendet sich in seiner fast einstündigen Rede gegen die Dienstbauvorschriften und den Verzicht der Eisenbahnverwaltung, den Schichtbetrieb zu beseitigen. Die unter dem Namen „Bahnschutz“ ins Leben gerufene Streikbrechergarde müsse schleunigst verschwinden, ebenso das unerhörte Spitzelwesen bei der Reichsbahn.

Abg. Knieß (Dem.) wünscht eine Niedrighaltung der Tarife der vierten Klasse. Darauf wird der Nachtragsetat unverändert angenommen.

Der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Reichstagswahlgesetzes wird debattelos an den Ausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Kleine Vorlagen, Nachtragsetat des Post- und Wirtschaftsministeriums.) — Schluß 5 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Ein seltsamer Protest.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in seiner Sitzung vom 15. November einen Beschluß gefaßt, in welchem die Befreiung eines der Genossenschaften treffenden Steuerunrechts empfohlen wird. Die Möglichkeit zur Befreiung dieses Unrechts bietet sich demnach bei der Erledigung des Landessteuergesetzes, und zwar gelegentlich der Beratung der Erhöhung des Umsatzsteuerfußes von 2 auf 2 1/2 Proz.

Run erhebt die Handelswelt sofort ihr Geschrei und setzt, genau wie im März d. J. bei der Beratung der Umsatzsteuer, die Preise in Alarm. Die „Tageszeitung für Nahrungsmittel“ forderte kürzlich zu einer Protestwoche auf, in der alle dem Verband der Handelschutz- und Rabattsparene angeschlossenen Verbände stammende Entschlüsse gegen eine angebliche steuerlose Bevorzugung der Genossenschaften fassen sollten. Eine Reihe von Speiseverändern des Unternehmers in Industrie und Handel hat bereits in einer Kundgebung verlangt, daß „sämtliche Warengruppen des Groß- und Einzelhandels, die dem genossenschaftlichen Betrieb unterliegen“, ebenso wie die Konsumgenossenschaften behandelt werden sollten. Hier liegt also eine bewußte Verkennung des Wesens der Genossenschaften vor, die man mit jedem Händler gleichstellen will.

Um was handelt es sich denn nun eigentlich? Die Konsumgenossenschaften haben im Reichswirtschaftsrat und im Steueraussschuß des Reichstages zum Umsatzsteuergesetz folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Im § 2 der Nr. 11 folgende Fassung zu geben:

Von der Umsatzsteuer sind befreit bei den Genossenschaften, die einem Revisionsoverbande angehören und die der gemeinschaftlichen Bewertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Absatz von Waren der Genossen, oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Genossen oder der Herstellung von Häusern für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umsatzes, der den für die Erzeugnisse und Waren der Ge-

Öffentl. Volksversammlungen

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Pankow: Lokal Lindner, Breite Straße 14.

Freitag, den 8. Dezember:

Friedenau: Maybach-Gymnasium, Handjerystraße am Birkewaldchen.

Karlshorst: Fürstenhaus, Treskowallee 93.

Thema in allen Versammlungen:

Deutschlands Not — Die neue Regierung Die Aufgaben des Proletariats

Referenten: Reichstags-Abgeordnete Ferdinand Bender, Heinrich Köfller und Reichstags-Abgeordnete Juchacz. Bezirksverband Berlin.

nossen oder den eingekauften Waren, oder den für Herstellung der Häuser gezahlten Entgelten entspricht.

Das gleiche gilt bei den in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften wirkenden Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter ausschließlich oder doch überwiegend die in Abs. 1 bezeichneten Genossenschaften sind.

Unter Beachtung des unterstrichenen Teilsatzes dieses Antrages wird jeder Leser leicht feststellen können, daß die Genossenschaften nicht von der Umsatzsteuer schlechthin befreit werden wollen, sondern sie wollen nur von dem Unrecht befreit werden, das ihnen die doppelte Besteuerung auferlegt. Von vergewaltigter sich folgenden Geschäftsvorgang:

Der Konsumgenossenschaftler gibt, sagen wir 10 000 Mark Geschäftsanteil der Geschäftsleitung seines Konsumvereins. Dieser kauft für ihn und für die anderen Mitglieder Waren ein und bezahlt im Preis der Ware für den Umsatz vom Großhändler zur Genossenschaft die für diesen Umsatz zu erhebende Umsatzsteuer. Jeder Genossenschaftler weiß, daß die Ware mit dem Augenblick des Ankaufs durch die Geschäftsleitung schon Eigentum der Mitglieder ist. Denn für deren Geld (Geschäftsanteile) ist sie doch gekauft! Jede weitere Umsatzsteuer für die für die Mitglieder angekauften Waren müßte doch nun logischerweise ausfallen, da der wirtschaftliche Umsatz in dem Augenblick beendet ist, in dem die Ware Eigentum der Genossenschaft und damit anteiliger Besitz der Mitglieder ist. Das Umsatzsteuergesetz verlangt aber die Steuer auch für die Verteilung der eingekauften Waren an die Genossen. Darin liegt das Unrecht. Der Konsumgenossenschaftler zahlt einmal Umsatzsteuer beim gemeinsamen Einkauf durch seine Geschäftsleitung und muß ein zweites Mal Steuer leisten, wenn er seine Ware, sein Eigentum, in der Verteilungsstelle in Empfang nimmt. Auch man denn zum hundertsten und so und so vielen Male wiederholen, daß der in der Verkaufsstelle gezahlte Preis nicht eine Bezahlung der erhaltenen Ware, sondern nur die Ergänzung des durch die erhaltene Warenmenge verminderten Geschäftsanteils ist?

Es geht um „Sein oder Nichtsein“ der Konsumvereine. Die Arbeiterparteien haben leider allein nicht die Mehrheit im Parlament, um aus eigener Kraft das Unrecht zu beseitigen. Die Arbeiter- und Genossenschaftsvertreter in der Zentrumspartei dürften, durch kein Kompromiß gebunden, für den Antrag stimmen, viellecht auch einige Genossenschaftler in den Reichsparteien. Von den Demokraten, den Vertretern des Handelskapitals, ist nicht zu erwarten, daß sie das Unrecht beseitigen helfen.

Die nächsten Tage werden Klarheit schaffen. Der Protest der Händler hat einen Sinn. Er soll wie im Frühjahr die bürgerlichen Abgeordneten ins Bodshorn jagen. Der Kampf geht um die Existenz der wirtschaftlichen Organisation der Beschäftigten. Denn besser wie mancher von diesen hat der Handel erkannt, daß die Konsumgenossenschaften ein Stück Sozialismus sind.

Gewaltige Zunahme des Banknotenumlaufes. Die letzte Woche des November brachte wieder eine gewaltige Zunahme des Banknotenumlaufes, nämlich um 110 Milliarden Mark — eine bisher noch nicht erreichte Ziffer. Insgesamt sind jetzt 754 Milliarden Mark Banknoten im Verkehr. Auch die Ansprüche an Krediten waren enorm groß. So sind wiederum für 38,2 Milliarden Mark Handelswechsel der Reichsbank zur Diskontierung eingereicht worden. Auch die Lombardkredite weisen eine starke Zunahme auf. In ähnlichem Verhältnis wie die Diskontokredite hat der Bestand der Reichsbank an diskontierten Reichsschatzanweisungen um 79,5 auf 672,2 Milliarden Mark zugenommen.

Starke Nachfrage nach wertbeständigen Anleihen. Die Zeichnung auf die Roggenwertanleihe der Regierung von Westenburg-Schwerin wurde vorzeitig geschlossen, weil die Nachfrage danach viel größer war, als Stücke ausgedeckt werden. Diese Tatsache beweist, daß es sehr wohl möglich ist, durch die Schaffung eines wertbeständigen Anlagepapiers, gegen die sich die Reichsbank fortgesetzt sträubte, Interessenten vom Teufelsmarkt fortzuführen. Nur werden die bisher auf solcher Grundlage ausgegebenen Anleihen längst nicht aus, um den Bedarf zu befriedigen. Überdies werden demnächst die fünfprozentigen Roggenrentenbriefe, die von der Roggenrentenbank ausgegeben werden, an der Berliner Börse eingeführt werden. Der Zulassungsantrag ist bereits gestellt.

Zementgewinne. Während der Baustoffmarkt unter den enorm hohen Zementpreisen leidet, und während infolge der unrationellen Wirtschaft dieses Gewerbezweiges die Nachfrage auch nicht annähernd befriedigt werden kann, verteilt die Zementindustrie riesige Gewinne. Alles bisher Dagewesene aber wird überboten durch die Dörmunder Zement-A.G. Diese schüttet 75 Proz. Dividende und 75 Proz. Bonus, zusammen also 150 Proz. als offenen Gewinn aus. Daneben wendet sie den Aktionären ein außerordentlich wertvolles Bezugsrecht zu, indem sie ihr Kapital verdreifacht und die neuen Aktien zu 150 Proz. anbietet, während der Kurswert infolge der hohen Dividende natürlich bedeutend höher ist. Neben diesen Zinnsendungen aber werden den Aktionären aus einem besonderen Fonds für jede Aktie 8 bezügliche Frank gegeben, was den tatsächlichen Betrag von rund 4300 M. ausmacht oder 430 Proz. Die Gesellschaft erklärt gleichzeitig, ihr Kapital erhöhen zu müssen, während sie hier 65 000 bezügliche Frank oder 37 Millionen Mark noch abzurufen den Aktionären zuschaut! Die Gewinne, die hier ausgeschüttet werden, sind so ungeheuerlich hoch, daß sie das Reichswirtschaftsministerium veranlassen sollten, einmal unter ihrer Veranschlagung die Zementpreise nachprüfen zu lassen.

Einkaufssperre in der Damentonkession. Der Reichsverband für Damen- und Mädchenkleidung hat in einer von vielen hundert Mitgliedern aus dem Reich besuchten Versammlung, die am 6. Dezember in Berlin stattfand, einstimmig beschlossen, mit Wirkung vom 7. Dezember ab seinen Mitgliedern jedweden Einkauf von Damen-, Mädchen- und Kinderkonfektion, gleichgültig zu welchen Bedingungen und bei welcher Firma, zu verbieten. Der Beschluß ist eine Folge der Abkühlung in der Konfektion, die es den Händlern unmöglich macht, die bestellte und in Goldmark berechnete Ware abzunehmen, wäuber sie mit ihren Lieferanten in Streit geraten sind.

Devisenkurse. Niedriger gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 208,47 Geld, 209,58 Brief; 1 japanischer Yen 4090,87 Geld, 4060,19 Brief; 1 brasilianischer Milreis 983,58 Geld, 987,47 Brief; 1 spanischer Pefeta 1298,77 Geld, 1298,29 Brief; 100 österreichische Kronen abfsl. 11,77 Geld, 11,83 Brief; 1 holländische Krone 204,98 Geld, 205,67 Brief; 1 ungarische Krone 3,50 Geld, 3,61 Brief; 1 bulgarischer Leva 62,09 Geld, 62,41 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 112,71 Geld, 113,29 Brief. — 100 Polemark galten im freien Verkehr etwa 47 M.

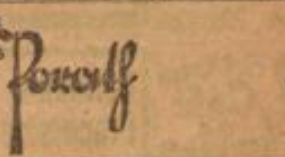
Wetter bis Freitag mittag. Kalons noch überwiegend trübe und neblig mit weisereisellen, im Osten vielfach starken Niederschlägen und irdigen nordwestlichen Winden, dann weitere Abkühlung und besonders im Westen zeitweise anflarend.

Es gibt nichts Besseres

als **Manoli** Zigaretten

Achten Sie auf die

Schutzmarke



Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin II 54, Lindenstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 884, 934, 835, 836.
heute, Donnerstag, den 7. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Lokal von Börsing, Raungr. 27.

Branchenversammlung der Metallformer und Berufsgenossen.
Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit der Vereinigung Berliner Metallarbeitervereine.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Achtung! Chirurgische Branche.
heute, Donnerstag, den 7. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Rosenthaler Hof (ehemaliger Saal), Rosenthaler Straße 11, 12.

Versammlung sämtlicher Vertrauensleute und Betriebsräte der chirurgischen Branche.
Tagesordnung: 1. Bericht über die letzten Verhandlungen. 2. Diskussion.
Das Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss werden hiermit gemäß § 50 Abs. 1 der Satzung zu einer außerordentl. Ausschuß-Sitzung am Freitag, den 15. Dezember 1922, abends 8 Uhr, nach dem Kuffenstul, Ralro-Allee 174, einberufen.
Tagesordnung: 1. Sachangehörigkeit 2. Verschlebung.
Berlin-Wilmersdorf, den 4. Dez. 1922.
P. Engelhardt, F. Wiemann, Vorsitzender, Schriftführer.

Auserlesene Tabake des Orients
sorgfältige Mischung
hochwertige Arbeit

Allein diese Vorzüge begründen den hervorragenden Ruf der

Manoli Zigaretten

1926 Aufgebot
Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß
1. der Herr Herr
Widowitsch, wohnhaft in Ostpreußen
2. die Herrin Frau
Samoloff, wohnhaft in Ostpreußen, werden in Ostpreußen, die Ehe miteinander eingetragene waren.
Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in den Gemeinden Ostpreußen (1926) u. Ostpreußen, in letztgenannter Gemeinde durch die Zeitung zu geschehen.
Ostpreußen, 11. 11. 22.
Der Gläubigerschein
J. S. 29. Hermann

Krause Pianos
zur Miete
Anhalter Str. 1.
14a Berlin-Mitte

Fellankauf!
Brunnenstraße 13

Metall-Ankauf
Königsplatz
zahlr. Tagesspreise
Messing, Kupfer, Zink etc.

Gold, Silber, Brillanten, Platin, alte Münzen, Uhren, Zahngebisse
Hohe Ankaufspreise

Hodam
Linkstraße 46
Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz

Photo-Platten
gebrauchte, für jeden Fall, Patent, John, Hoffmannstr. 22, Dönhofs 900.

Zahngebisse
nach zerbrochene, höchste Preise.
Reelle, sachm. Bedienung
Zahnlaboratorium Linienstr. 199
Eds. Joachimstr. 1. Rosenthal. N. Kein Laden, vom III.

Gold, Silber, Brillanten, Platin, alte Münzen, Uhren, Zahngebisse. Hohe Ankaufspreise.
Gebrüder Kleinmann Danziger Straße 48, Prenzlauer Allee 54.

